



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/02/2015
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 17.03.2015
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Impfschutz bei Zugewanderten
Vorlage: 0296/2015
4. . Anfrage der FDP-Fraktion
Sachstand MMR-Impfungen und Umgang mit akuten Ausbrüchen
5. . Vorschlag der FDP-Fraktion gem. § 6 der GeschO des Rates
Antrag Erweiterung der Gesundheitskonferenz
6. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
7. . Bericht aus dem Behindertenbeirat
8. . Bericht aus dem Integrationsrat
9. . Sachstand Zuweisung Asylbewerber
Bericht der Verwaltung
10. . Zuwanderung aus EU-Ländern
Beschäftigung, Zahlen, Tendenzen
Bericht der Verwaltung
11. . Einrichtung eines Seniorenbüros
Empfehlungsbeschluss des Seniorenbeirates vom 03.03.2015
Anlage



12. . Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sachstand Jobcenter
Vorlage: 0298/2015

13. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Hentschel begrüßt die Ausschussmitglieder zur Sitzung des Sozialausschusses.

Er teilt mit, dass die Tagesordnung um zwei Tagesordnungspunkte erweitert werde. Es gehe um eine Anfrage und einen Vorschlag zur Tagesordnung der FDP-Fraktion. Die Tagesordnung werde entsprechend um TOP 11 und TOP 12 erweitert.

Er schlägt vor, die beiden Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion bezüglich des Impfschutzes gemeinsam zu beraten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte, zu denen Frau Dr. Sommer vom Gesundheitsamt als Ansprechpartnerin der Verwaltung anwesend ist, vorzuziehen.

Auch damit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach berichtet über eine gerichtliche Entscheidung des Bundessozialgerichtes im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket. In dem Urteil sei die Unabänderlichkeit der Pauschalzahlung festgestellt worden. Der Betrag aus dem Jahr 2012 in Höhe von 1,13 Millionen € müsse von der Stadt Hagen nicht zurückgezahlt werden.



**3. . Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Impfschutz bei Zugewanderten
Vorlage: 0296/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel stellt fest, dass dieser Tagesordnungspunkt zusammen mit Tagesordnungspunkt 4 beraten wird.

Frau Dr. Sommer vom Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt Stellung zu der Beantwortung der Anfragen der beiden Fraktionen.

Anschließend beantwortet sie Fragen von Frau Fischbach, Frau Öz, Herrn Hentschel, Frau Sauerwein und Herrn Vesper.

Herr Goldbach nimmt Stellung zu einer Frage von Frau Fischbach.

Frau Öz ergänzt die Ausführungen.

**4. . Anfrage der FDP-Fraktion
Sachstand MMR-Impfungen und Umgang mit akuten Ausbrüchen**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit TOP 3 beraten.

**5. . Vorschlag der FDP-Fraktion gem. § 6 der GeschO des Rates
Antrag Erweiterung der Gesundheitskonferenz**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Matzke erläutert die Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Vesper erläutert die Intention des Antrages. Er ist mit der von Herrn Matzke vorgestellten Lösung einverstanden.



6. . Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat (**siehe Anlage 1 zu TOP 6**).

Herr Hentschel sichert Herrn Wegener die Unterstützung des Sozialausschusses zu.

Herr Sondermeyer fragt nach, ob eine Differenzierung nach Religionszugehörigkeit vorgenommen worden sei. Da könnten sich zum Beispiel im Bereich der Pflege Probleme ergeben.

Herr Wegener erklärt, dass eine solche Differenzierung nicht möglich gewesen sei. Das sei ein mögliches Thema für den Sozialausschuss.

Abschließend teilt er mit, dass dem Seniorenbeirat von der Landesseniorenvertretung gute Arbeit bescheinigt worden sei.

Frau Öz stellt eine Frage zu dem Migrantenteil der über 60-jährigen Menschen in Hagen.

Herr Wegener erläutert, wie die genannten Zahlen ermittelt worden seien.

Herr Meier bittet, die genannten Zahlen dem Protokoll als Anlage beizufügen (**siehe Anlage 2 zu TOP 6**).

7. . Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Wirth berichtet von der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen vom 05.03.2015 (ehemals Behindertenbeirat).

Die Sitzung sei aufgrund der Beratung eines der Themen „Mitnahme von E-Scootern in den Bussen der Hagener Straßenbahn“ sehr turbulent gewesen. Die Betroffenen hätten die Gelegenheit erhalten, sich in der Sitzung zu ihrer Situation zu äußern.

Herr Hentschel ergänzt, dass sich in den letzten Jahren kein Unfall mit einem Rollstuhlfahrer ereignet habe.

Herr Homm bittet, eine Anlage zum Protokoll beizufügen, damit man sich in die Thematik einlesen könne.

Herr Wirth bietet an, im Seniorenbeirat über dieses Thema zu berichten.

Herr Wegener und Herr Sondermeyer nehmen zu diesem Thema Stellung.



8. . Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet von der Sitzung des Integrationsrates vom 10.03.2015.

9. . Sachstand Zuweisung Asylbewerber Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach berichtet über den aktuellen Stand der Zuweisung von Asylbewerbern. Im Moment sei die Situation relativ entspannt. Das sei der Landeseinrichtung in Hohenlimburg geschuldet. Sobald das Land diese Einrichtung aufgebe, werde sich die Zuweisungsrate wieder deutlich erhöhen.

Frau Kaufmann ergänzt die Ausführungen.

Sie sei froh, dass die Bezirksregierung ihrer Verpflichtung jetzt nachgekommen sei und die Beschulung der Kinder nunmehr sichergestellt sei.

Sie berichtet von einem Gespräch des Oberbürgermeisters mit dem Regierungspräsidenten Herrn Bollermann. Dieser habe mitgeteilt, dass im Moment keine weiteren Großunterbringungen in Hagen notwendig seien. Man habe sich für die kooperative Haltung der Stadt Hagen in Bezug auf die Einrichtung der Regenbogenschule bedankt. Man habe keine Hinweise darauf bekommen, wie lange die Regenbogenschule noch betrieben werde.

Frau Kaufmann beantwortet eine Frage von Frau Timm-Bergs zu etwaigen Unterbringungsorten.

Sie beantwortet eine Frage von Herrn Homm zum Standort Kückelhausen. Eine Bürgerinformation werde auf jeden Fall stattfinden.

10. . Zuwanderung aus EU-Ländern Beschäftigung, Zahlen, Tendenzen Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Thomzig von der Ausländerbehörde berichtet über die Zuwanderung aus EU-Staaten(**siehe Anlage zu TOP 10**).



Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen.

Der stellvertretende Geschäftsführer des Jobcenters Herr Levien ergänzt die Ausführungen.

Frau Timm-Bergs fragt, an wen man sich wenden könne, wenn es Probleme mit den EU-Zuwanderern gebe.

Frau Kaufmann merkt an, dass die Kommunen, die davon betroffen seien, im Moment mit der Vielzahl der auftauchenden Probleme überfordert seien. Es gebe parteiübergreifend das Bewusstsein, dass gehandelt werden müsse, weil die Kommunen die finanziellen Belastungen nicht mehr verkraften könnten. Im Moment könne man nur eine Notfallhilfe mit den bestehenden Einrichtungen leisten. Man könne die ehrenamtlich tätigen Bürger nicht über alle Maßen hinaus einspannen.

Herr Levien schildert, wie das Jobcenter mit dieser Herausforderung umgeht.

Frau Sauerwein befürwortet den Vorschlag, Herrn Levien noch einmal explizit zu dem Thema einzuladen, da sie zu dem Thema noch eine Vielzahl von Fragen habe.

Herr Levien beantwortet eine Frage von Frau Sauerwein.

Frau Buchholz betont, dass es ihrer Meinung nach eine Schande sei, dass Menschen in solcher Armut in solchen Gebäuden in Hagen leben müssten. Wie könne man sicherstellen, dass insbesondere Kinder nicht unter solchen Bedingungen leben müssten? Wie sehe es mit Sprachkursen für solche Menschen aus?

Frau Kaufmann beantwortet die Fragen. Man habe Möglichkeiten, in diesen Fällen zu helfen, aber man müsse Kenntnis davon haben. Die Problematik sei dabei auch die kulturelle Prägung, die diese Menschen mitbrächten. Sie hätten andere Schwerpunkte und Schwierigkeiten, gewisse Regeln zu akzeptieren. Sprache und Integration in den Arbeitsmarkt seien die vorrangigsten Aufgaben für die nächste Zeit.

Frau Thomzig gibt eine Rückmeldung zu der Frage nach dem Spracherwerb und erläutert das Verfahren dazu. Es stünden in Hagen jedoch nicht so viele Plätze zur Verfügung, dass alle zeitnah versorgt werden könnten.

Herr Goldbach nimmt Stellung zu der Frage von Frau Buchholz zu den Möglichkeiten, Kindern zu helfen. Man mache mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst regelmäßig Willkommensbesuche bei den gemeldeten Adressen. Es sei erfreulich, dass die Mitarbeiter freundlich empfangen worden seien und Unterstützung angenommen worden sei. Er könne nicht ausschließen, dass es Fälle gebe, die nicht bekannt seien, weil sie nicht gemeldet seien, in denen es anders aussähe. In den Fällen sei man für jeden Hinweis dankbar.



**11. . Einrichtung eines Seniorenbüros
Empfehlungsbeschluss des Seniorenbeirates vom 03.03.2015
Anlage**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach nimmt zu dem Antrag aus Verwaltungssicht Stellung.

Bei aller Sympathie für diesen Antrag müsse er darauf hinweisen, dass eine entsprechende Einsparung in der Vergangenheit realisiert worden sei. Man habe die Einsparung insofern aufgefangen, dass die Pflege- und Wohnberatung diese Angebote mit repräsentiere. Das könne natürlich nicht in dem vorherigen Umfang erfolgen.

Man wolle sich für die Zukunft bezüglich der Angebote für ältere Menschen in Hagen etwas anders aufstellen. Die geplanten Eckpunkte kämen dem Anliegen durchaus entgegen. Eine Kollegin werde sich zukünftig mit der Sozialplanung in Hagen befassen. Er beschreibe das Aufgabenfeld, das sich daraus ergibt.

Die Problematik bei dieser Empfehlung liege darin, dass es keinen Deckungsvorschlag für diese Maßnahme gebe. Er könne auch keinen solchen unterbreiten. Somit sehe man derzeit keine finanziellen Möglichkeiten für eine Umsetzung dieser Maßnahme. Dieses Argument müsse er vor Einstieg in die Beratung einbringen.

Herr Wegener nimmt zu dem Antrag Stellung. Er beschreibe das übliche Prozedere, das Anliegen erst einmal in einer ersten Lesung einzubringen, dann in den Fraktionen zu beraten, um dann in einer weiteren Sitzung endgültig darüber zu befinden.

Er bittet Herrn Goldbach, das, was er dem Sozialausschuss mitgeteilt habe, auch dem Seniorenbeirat vorzustellen. Dann könne man sich gegebenenfalls vorstellen, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Dem Seniorenbeirat gehe es darum, Ansprechpartner in der Verwaltung für die Umsetzung seiner Probleme zu haben.

Herr Hentschel stellt fest, dass der Antrag des Seniorenbeirates in erster Lesung eingebracht wird.

Frau Kaufmann zeigt sich erfreut, dass es in Hagen eine solch lebendige Seniorenarbeit gebe.

Frau Sauerwein begrüßt, dass Frau Gleiss zukünftig die Aufgabe der Sozialplanung in Hagen wahrnehme. Sie sei mit der ersten Lesung des Antrages einverstanden.

Sie beschreibe die Intention des Antrages und beschreibe die derzeitigen Probleme.



Frau Timm-Bergs erklärt, dass ihre Fraktion die erste Lesung dieses Antrages unterstütze.

Es gebe ein neues Förderangebot des Landes „Entwicklung altengerechter Quartiere in NRW“. Sie formuliert einen Prüfauftrag an die Verwaltung, für eine der nächsten Sitzungen im Sozialausschuss darüber zu berichten. Eventuell könne man über diesen Weg eine Lösung finden.

Frau Fischbach nimmt Bezug auf die genannte Aufgabe der neu einzurichtenden Stelle „Unterstützung der Seniorenzeitung und des Veranstaltungskalenders“. Es gebe viele interessierte Senioren, die sich gern daran beteiligen würden. Sie halte es für eine gute Maßnahme, über die Presse einmal darauf hinzuweisen.

Herr Homm betont, dass nicht alles durch ehrenamtliche Kräfte erledigt werden könne. Er bäte um eine Aufstellung der prozentualen Anteile, die nach einer möglichen Umstrukturierung für die Seniorenarbeit vorgesehen sei. Er bäte, s Frau Gleiss bei der Vorstellung im Seniorenbeirat mit einzubeziehen.

Herr Goldbach nimmt dazu Stellung.

Er sichert zu, das für den Seniorenbeirat aufzubereiten. Er wolle allerdings klarstellen, dass man Vorstellungen habe, wie die Sozialplanung ausgestaltet werden solle. Es gebe eine Überschneidung mit den Wünschen des Seniorenbeirates. Die in dem Antrag aufgeführten Aufgaben würde nicht allesamt Frau Gleiss übernehmen. Da müsse man über alternative Lösungen nachdenken.

Beschluss:

Der Empfehlungsbeschluss des Seniorenbeirates vom 03.03.2015 wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen



**12. . Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sachstand Jobcenter
Vorlage: 0298/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel stellt fest, dass der Antrag erneut im nichtöffentlichen Teil beraten werde. Er schlägt daher vor, den Antrag insgesamt im nichtöffentlichen Teil zu beraten.

Die Ausschussmitglieder sind mit diesem Verfahren einverstanden

13. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.35 Uhr

gez. Ingo Hentschel
Vorsitzender

gez. Mechthild Liley
Schriftführerin